



Diversität als Herausforderung für soziale Kohäsion

Ein Interview mit Prof. Dr. Paul Scheffer von der Tilburg University



Prof. Dr. Paul Scheffer am 7. Juni 2018 in der Berliner Kalkscheune
(Foto: vhw)

Etwa 30 Experten aus acht europäischen Ländern trafen sich am 7./8. Juni auf Einladung des vhw in der Berliner Kalkscheune zu einem internationalen Workshop mit dem Titel „Förderung des sozialen Zusammenhaltes in vielfältigen Stadtquartieren“. Dabei entstand das vorliegende Interview mit Paul Scheffer, Soziologie-Professor und Migrationsforscher aus den Niederlanden und Verfasser des Buches „Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt“ (Hanser 2008, 2016).

Prof. Dr. Paul Scheffer am 7. Juni 2018 in der Berliner Kalkscheune (Foto: vhw)

vhw: Herr Prof. Scheffer, wie ist es um den sozialen Zusammenhalt unter Bedingungen zunehmender gesellschaftlicher Vielfalt bestellt, etwa in den Niederlanden?

Paul Scheffer: Die Diversitätsforschung hat neuerdings zum ersten Mal die gesamte niederländische Bevölkerung als Datengrundlage herangezogen. Und sie haben zwei Dinge herausgefunden: Zuerst einmal ist die Diversität viel größer, als wir erwartet hatten, denn normalerweise schauen sich die Leute die klassischen Migrationsgruppen an, z.B. Migranten aus der Türkei oder Marokko. Jetzt wurden alle Migranten aus der Bevölkerung einbezogen, also auch Migranten aus Schweden, aus Japan, von überall. Der genutzte Maßstab ist einfach: Man misst, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass man zwei willkürlich ausgewählte Personen trifft, die einen unterschiedlichen Migrationshintergrund haben. Also beispielsweise in Amsterdam liegt der Index – der von 0 bis 1 reicht – bei 0,75. Bei 3 von 4 zufälligen Treffen auf der Straße haben die Beteiligten also einen unterschiedlichen Hintergrund. Das ist wirklich ein sehr hohes Maß an Diversität. Wir haben überraschenderweise herausgefunden, dass nicht nur in großen Städten wie Amsterdam oder Den Haag, sondern auch in vielen kleineren Orten die Diversität größer ist als erwartet. Das ist das erste Ergebnis: eine größere Diversität, wenn man diesen Index anwendet und nicht nur die klassische Migration anschaut, die sich meist auf türkische Migranten usw. konzentriert.

Zweitens wurde herausgefunden, dass Robert Putnam mit seiner These Recht hatte: Es gibt eine klare Beziehung zwischen

wachsender Diversität und zurückgehendem sozialen Zusammenhalt. Das war lange umstritten. Als Putnam diese Analyse das erste Mal vorstellte, wurde dem entgegnet: „Ja, aber er hat kompositionelle Effekte nicht berücksichtigt, etwa den sozioökonomischen Status der Menschen.“ Alle Forschungen wurden hinterfragt, es wurde nach Zusammenhängen gesucht. Gefunden wurden jedoch nur Diversitätseffekte, die es jedoch überall gibt. Diversität hat auf negative Art und Weise Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt. Da sollten wir ansetzen, sollten, jenseits aller Behauptungen, dass Diversität eine Bereicherung sei, verstehen, dass bei der Umsetzung von Diversität auch etwas verloren geht. Und wir sollten verstehen, dass Diversität Auswirkungen auf die soziale Kohäsion hat: das Gefühl, zu Hause zu sein, die Wahrnehmung sozialer Sicherheit. Die Forschung hat gezeigt, dass auf Nachbarschaftsebene die Diagnose von Putnam in vielerlei Hinsicht richtig war.

vhw: Was bedeutet für Sie der „soziale Zusammenhalt“ in diesem Kontext? Sie haben die Sicherheit, das Sicherheitsgefühl erwähnt.

Ja – und sich zu Hause zu fühlen. Sie können sich die Forschungsdetails ansehen: Den Menschen wurden viele Fragen gestellt und dabei wurde das Gefühl von sozialer Gemeinschaft gemessen, die Idee, bis zu welchem Grad Menschen sich als Teil der Nachbarschaft fühlen oder nicht. Wenn man sich z.B. die Nachbarschaften anschaut, in denen man viele „Expats“ trifft – also qualifizierte Ausländer, die viel zur Wirtschaft beitragen, an die wir aber beim Thema Migration nicht denken –, so sind diese in vielerlei Hinsicht lokal unsichtbar. Aber auch Nachbarschaften, in denen es Menschen gibt, die schon zwei, drei Jahre dort leben und dann weggehen, auch das hat Auswirkungen auf das Gefühl des Zusammenhalts, denn diese Menschen investieren nicht viel in ihr Umfeld, aus verständlichen Gründen, denn sie kommen und gehen.

Ich habe z.B. in Amsterdam in einer Nachbarschaft mit vielen Migranten gelebt. Ich bin aus anderen Gründen weggezogen und jetzt lebe ich in einer Nachbarschaft, wo man viele „Expats“ trifft. Und ich kann das sehen! Ich kenne meine Nachbarn nicht, ich sehe die Container von Menschen, die ein- und ausziehen. Und wir sollten die empirische Tatsache anerkennen, dass durch Diversität auch etwas verloren geht. Wir müssen die Verluste aus dem Migrationsprozess auf allen Seiten verstehen: Migranten verlieren etwas, sie verlieren eine Welt, die sie gekannt haben. So sagte z.B. eine marokkanische Mutter zu mir: „Ich verliere meine Kinder an Ihre Gesellschaft.“



vhw: Welche Konsequenzen hat das und welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Nun, zunächst müssen wir genau schauen, was eigentlich passiert über alle Affirmationen dessen hinaus, was wir gerne sehen würden. Viele Forscher waren verärgert über die Ergebnisse von Putnam. Sie waren traurig über das, was herausgefunden wurde. Sie haben gehofft, dass die Ergebnisse anders sein würden. Meine erste Schlussfolgerung wäre, dass wir als Gesellschaft darüber nachdenken sollten, wie Diversität und Migration die Gesellschaft verändern. Um ein Beispiel aus Den Haag zu nennen – man könnte dasselbe über Köln, Birmingham oder Malmö erzählen: Hier findet sich eine Schicht an Migrationsdefiziten, die sich über die andere stapelt. Es beginnt mit Bildungsdefiziten bei der Generation der Gastarbeiter und ihrer Kinder. Diese hatten einen geringen Bildungsstand, wir sehen es beim Spracherwerb usw. Dann sieht man die Probleme postkolonialer Migration in den Niederlanden, es gibt z.B. bei bestimmten ethnischen Gruppen hohe Kriminalitätsraten. Dann sieht man die Sprachdefizite bei osteuropäischen Migranten. Einige Probleme wiederholen sich immer wieder. Drei Viertel der polnischen Migranten gaben an, dass sie in den Niederlanden bleiben möchten – so viel zur Illusion zirkulärer Migration. Migranten sind Menschen und wenn sie einen Ort finden – und besonders, wenn Kinder geboren werden –, neigen sie dazu, zu bleiben. Und dann die Flüchtlingsproblematik: Nur 11% der Syrer haben nach drei Jahren Arbeit mit mindestens acht Stunden pro Woche gefunden. 11%, das ist ein sehr geringer Prozentsatz.

Es geht nicht darum, Schuld für etwas zuzuweisen, es geht nur darum, zu beobachten, was z.B. unser Bildungs- oder Gesundheitssystem leisten kann. Eine Studie in der syrischen Gemeinschaft hat z.B. gezeigt, dass mehr als 40% der Befragten psychisch erkrankt sind. Die Menschen sind einer Kriegssituation entflohen, haben traumatische Ereignisse erfahren. Das ist aber auch eine große Belastung für die Polizei und die soziale Sicherheit. Wir sind nicht auf solche Zahlen vorbereitet. Die Frage ist also, wie viel Diversität kann eine Gesellschaft sinnvoll integrieren und aufnehmen? Also sollten wir zuerst die Integrationspolitik definieren. Wie sieht unsere Flüchtlingspolitik aus? Damit geht es los, wir sprechen immer über Ergebnisse, aber wir sollten uns, mit Blick auf Kanada, fragen: „Welche Arbeitsmigration, welche Qualifikationen brauchen wir auf dem Arbeitsmarkt? Welchen Umfang haben unsere humanitären Verpflichtungen langfristig?“

vhw: Wie sieht aus Ihrer Perspektive eine nachhaltige Politik aus?

Wir stehen vor Problemen, die uns in den nächsten 20 bis 40 Jahren verfolgen, aber ich bin sicher: Wenn wir uns darüber im Klaren sind, kann man eine nachhaltige Flüchtlingspolitik gestalten. Und nicht das tun, was wir, die Niederlande, Schweden, Deutschland, gemacht haben: Unsere Türen öffnen, und dann, in einer Art moralischer Panik, wieder schließen. Wenn

man sich langfristig engagieren möchte und sagt: „Wir haben eine moralische Verpflichtung gegenüber Menschen in Not außerhalb unserer Grenzen“, dann muss man eine Politik machen, die auch Integrationsfragen und Sozialprobleme der eigenen Gesellschaft berücksichtigt. Wir müssen versuchen, ein Gleichgewicht zu finden. Einige Menschen werden offener sein, andere weniger, aber wir brauchen diese Diskussion, und ich denke, eine Obergrenze, wie in Kanada eingeführt und in Deutschland diskutiert, ist etwas, das wir untersuchen und verstehen sollten. Wir sollten verstehen, dass Diversität gut für eine Gesellschaft sein kann, und dass man Migrationspolitik besser verwalten muss. Und man muss verstehen, welchen Umfang und welche Grenzen die Flüchtlingspolitik haben sollte. Damit sollte man starten, aber es gibt natürlich viele Fragen zur Integration, die erst danach kommen.

vhw: Die Menschen sind gekommen und haben jetzt Erwartungen an die neue Heimat: Wie können sie integriert werden und wie viel Bereitschaft gibt es Ihrer Meinung nach dazu?

Es gibt grundsätzlich zwei Beobachtungen: Zuerst einmal sollten wir verstehen, dass die Geschichte der Integration immer eine Geschichte des Konflikts ist. Und Konflikt sehe ich nicht als Scheitern, sondern als Beginn. Also, ich sehe einen Integrationskreislauf, der beginnt mit der Vermeidung von Segregation – und es gibt keine Migration ohne Segregationsfehler. Aber Segregation ist kein nachhaltiger Zustand. Menschen können für eine bestimmte Zeit ohne Kontakt zusammenwohnen. Aber in Städten, in denen fast die Hälfte der Bevölkerung Migrantenfamilien sind, da kommt man in Kontakt. Und man sieht Konflikte, aber ich sehe Konflikte als die Übergangsphase zwischen der Vermeidung, die davor kam, und der Aufnahme, die danach folgen kann. Ich bin also grundsätzlich optimistisch, denn ich sehe in der Geschichte der Migration nicht viele Beispiele, in denen am Ende keine Aufnahme stand. Aber es ist ein schwierigerer Prozess, als wir für gemeinhin denken. Wir leben in einer Gesellschaft, in der viel Konfliktvermeidung betrieben wird. Ich sehe vor allem drei Konfliktquellen: sozioökonomische Konflikte, also Konflikte über Ressourcen, Konflikte darüber, wer Zugriff auf den Sozialstaat hat und wer nicht. Und wenn man ein stark entwickeltes Sozialsystem hat, ist es schwierig zu entscheiden. Man sollte sich selbst die Frage stellen: „Wie viele Menschen können Teil dieser Kultur, dieses Solidaritätszirkels sein?“

vhw: Müssen wir unterscheiden zwischen Flüchtlingen, die z.B. im Kriegsfall Hilfe brauchen, sowie Menschen, die aus einem Land weggehen, um ein neues Zuhause zu suchen? Schließlich standen ja eine Million Menschen an den Grenzen, und man konnte schlecht sagen: „O.K., wir nehmen nur tausend Menschen auf.“

Das Problem beginnt damit, dass Europa kein klares Verständnis über gemeinsame Außengrenzen hat. Wir haben unsere Binnengrenzen geöffnet, aber wir haben keine bedeutsamen Grenzkontrollen nach außen. Diese Situation hätte nie auftre-



ten dürfen. Es ist nicht humanitär, Situationen zu erschaffen, in denen Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, um zu flüchten. Man bräuchte eine vorausschauende Asylpolitik, die Kapazitäten aufbaut, um dann, wie Kanada, zu sagen, wir nehmen jährlich 43.000 Flüchtlinge auf. Jetzt kann man sagen, Kanada ist weit weg von den Kriegen. Aber die Frage ist doch: Was wollen wir? Wir fragen uns aber nur: Was ist machbar? Wenn aber Politik nur die Kunst des Möglichen ist und keine Orientierung bietet, dann ist das keine gute Situation. Wir müssen herausfinden, was wir wollen. Dann können wir sagen, inwieweit wir in der Lage sind, diese Ziele zu erreichen. Die Meinung der kanadischen Bevölkerung unterscheidet sich kaum von unserer. Der Unterschied ist, dass die Regierung ihre Ziele klar formuliert, zur Arbeitsmigration und zur Zahl der Flüchtlinge, die man unterbringen kann. Sie macht klare Angaben und daher ist es kein umstrittenes Thema. Wir können etwas von dieser Erfahrung lernen und zugleich verstehen, dass wir an einem anderen Ort leben.

Aber Sie haben Recht: Die Menschen sind hier und deshalb sehe ich z.B. sozioökonomische Konflikte und sehe verständliche normative Konflikte, wenn z.B. Menschen einen religiösen, traditionellen Hintergrund haben und in hochmoderne, säkularisierte Gesellschaften kommen. Konflikte sind dann keine Überraschung und es geht auch nicht um die Schuldfrage. Ich verstehe gut, dass Migranten normative Konflikte haben, wenn sie in einer traditionellen Gesellschaft sozialisiert wurden, mit traditionellen Vorstellungen über Geschlechter und Autorität. Dazu kommen noch internationale Konflikte, die zu Konflikten im Inland werden, etwa in türkischen Gruppierungen, die durch die Auseinandersetzung zwischen Gülen und Erdogan auseinandergerissen werden. Es gibt rationale Quellen der Konflikte, die man nachvollziehen kann. Und dann kann man auch agieren. Ich denke also, wir sollten die Rolle von Konflikten in einer Migrationsgesellschaft verstehen. Konfliktvermeidung ist nicht immer die beste Antwort. Wir können den Konflikt auch als Suche nach neuen Lösungen sehen.

vhw: Was kann konkret getan werden in den Städten, um den sozialen Zusammenhalt zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen zu verbessern? Was denken Sie?

Wir sollten anfangen, zu akzeptieren, dass Diversität eine Herausforderung für soziale Kohäsion ist, nicht nur eine Win-win-Situation. Das wirft viele Fragen auf. Man muss über Diversität hinausgehen. Diversität ist am Ende eine Worthülse, denn sie definiert nicht, wo die Grenzen sind. Wenn ich den Menschen erzähle, dass religiöser Extremismus auch Diversität ist, sagen sie: „Nein, das meine ich nicht.“ Aber warum? Es gibt viele Formen der Diversität, die man nicht möchte. Diversität ist ein Verlegenheitsbegriff, der uns nur sagt, wie unterschiedlich wir sind, also eine Bedingung offener Gesellschaften. Im normativen Sinne würde ich sagen, wir brauchen ein Verständnis von „Bürgerschaft“ durch Formulierung dessen, was wir gemein-

sam haben müssen, um mit all unseren Unterschieden leben zu können. Und das ist keine Abstraktion, das ist sehr konkret. Wir wollen ein Gefühl von „Bürgerschaft“.

Wenn ich an Bürgerschaft denke, denke ich an vier Aspekte. Zuerst die Sprache: Es wurde als Toleranz verstanden, den Menschen zu sagen: „Du musst die Sprache nicht lernen.“ Das war eine Form von Ausgrenzung, denn Menschen können keinen Einfluss auf ihre Nachbarschaft haben, wenn sie deren Sprache nicht sprechen. Also wenn man Migranten und ihre Kinder als Bürger möchte, dann ist Sprache der Schlüssel.

Der zweite Aspekt ist: Was muss man wissen? Wir sehen überall in Europa eine Reform der Lehrpläne. Aber nicht nur die Bildung bereitet Kinder auf die berufliche Zukunft vor, man sollte sie auch viel deutlicher auf eine Zukunft als Bürger vorbereiten. Sie müssen Kenntnisse über Geschichte, über die Verfassung haben. Man kann verschiedene Ansichten haben, was man wissen muss, aber die Bürgerschaftsbildung zu reformieren ist sehr wichtig. Und nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund.

Der dritte Aspekt: Teilhabe. Ich war u.a. an der früher berüchtigten, heute modellhaften Rütli-Schule in Berlin, und man erzählte mir, diese Kinder seien die einzigen in den Familien, die morgens aufstehen und irgendwo hingehen. Und wie bringen wir ihnen bei, dass es sich lohnt, morgens aufzustehen und irgendwo hinzugehen? Sie sind umgeben von arbeitslosen Menschen. Teilhabe am Arbeitsleben ist ein Schlüsselfaktor. Genau da läuft vieles schief und wir müssen über das Sozialsystem nachdenken. Es geht nicht um Schuldfragen, denn ich denke nicht, dass viele Migranten das Risiko der Migration eingehen, um hier nichts zu tun. Sie wollen arbeiten, suchen Selbstachtung für ihre Familien. Wie also verbessert man die Teilhabe am Arbeitsmarkt? Das ist für mich nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine bürgerschaftliche Schlüsselfrage, die schwer zu beantworten ist. Wir sollten uns fragen, ob unser System sozialer Sicherheit, das immer soziale Mobilität ermöglichte, heute nicht in vielerlei Hinsicht soziale Mobilität verhindert – nicht nur bei Migranten. Wir sollten dies angemessen fragen und daraus lernen.

Und dann die vierte Frage, das ist die schwierigste, die normative Frage: Was sind die Werte, die in „Bürgerschaft“ impliziert sind. Darüber sollten wir ein viel klareres Bild haben. Wir haben den gesamten Diskurs auf dem Recht aufgebaut. Es sollte aber bei diesem Diskurs um Rechte und um Verantwortung gehen. Und was sind die Verantwortlichkeiten? Rechte können nicht nachhaltig sein, wenn sich die Leute nicht für die Rechte anderer verantwortlich fühlen. Das beruht auf Gegenseitigkeit. Wenn ich Kinder der marokkanischen Gemeinschaft treffe, dann sind sie wütend und sagen: „Wir werden auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert.“ Ich frage zurück: „Diskriminierung?“ „Nun, wir wollen gleichbehandelt werden.“ Ich sage: „Ok, Gleichbehandlung ist euch wichtig als Prinzip. Nehmen wir das als Ausgangspunkt. Denkt ihr, Männer und



Frauen sollten gleichbehandelt werden? Denkt ihr, Homosexuelle sollten gleichbehandelt werden, denkt ihr, dass Menschen ohne Religionszugehörigkeit gleichbehandelt werden sollten?“ Dann wird es schwierig, aber sie sehen die Fairness des Vorschlags. Denn ich sage ihnen: „Ihr habt Recht, wenn ihr sagt, dass ihr nicht diskriminiert werden solltet.“ Aber dann würde ich sagen, dass Gegenseitigkeit nicht nur besser klingt, sondern definitiv einladender ist.

vhw: Wie sehen Sie den aufgekomenen Populismus in diesem Kontext?

Populismus ist dieselbe Idee umgekehrt: „Wir beanspruchen Rechte zu religiöser Freiheit, freier Meinungsäußerung, aber vor allem die konservativen Muslime sollten leise sein.“ Nein. Auf beiden Seiten muss man verstehen, dass es bei Toleranz auch um die geht, mit denen man sich zutiefst uneins ist. Es ist einfach, tolerant gegenüber Gleichgesinnten zu sein, und es ist schwierig, immer tolerant zu sein. Aber dann sollte man die Menschen damit konfrontieren: „Es kann keine nachhaltige Toleranzkultur in einer offenen Gesellschaft ohne Gegenseitigkeit geben.“ Wenn ich in einer Moschee bin und die Menschen fordern Religionsfreiheit – o.k., das ist ihr Recht. Aber sie müssen akzeptieren, dass sie davon am Ende keinen Gebrauch machen können, um andere Religionen oder Menschen zu verurteilen, die keiner Religion angehören. Sie fordern Respekt, aber wie kann man sie respektieren, wenn sie andere nicht respektieren?

vhw: Rechte und Pflichten also?

Wir sind als Gesellschaft nicht explizit genug, jedem auch seine Pflichten mitzuteilen. Das ist etwas, was man lernen muss, denn ich sehe die Beschämung über diesen normativen Aspekt von „Bürgerschaft“ überall, in Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, Schweden, den Vereinigten Staaten. Es ist schwierig, denn wir leben seit den 1960ern in einer Kultur, die das Recht stärkt, das war eine große Emanzipation. Ich stelle das nicht in Frage, nur kann man das Recht langfristig nicht aufrechterhalten, wenn man nicht große Mehrheiten für die Idee der Gegenseitigkeit im Lande hat und versteht, dass eigene Rechte vollständig mit den Rechten anderer verknüpft sind. Es geht um Sprache und Fähigkeiten. Allgemein geht es um Wissen, Teilhabe, klare Normen, Beteiligungskonditionen. Und das ist kein weicher Begriff, sondern fordert eine Menge.

Es gibt so viele Dinge, die man konkret tun könnte. Aber alles beginnt mit dem Verständnis. Wenn man nur sagt, wir sind alle divers, dann fehlen am Ende die Worte. Denn was sagt man nach der Bestätigung? Und was passiert, wenn man fragt: „Was schließt in Diversität ein und was schließt man aus?“ Diversität ist sehr eingängig, aber nicht bei den wichtigsten Fragen: Wo sind ihre Grenzen? Wie viel Diversität kann eine städtische Gesellschaft auf bedeutsame Art und Weise integrieren?

Wir sind als Gesellschaft flexibel und können mit vielen Fragen fertig werden. Aber, man kann auch die Belastung sehen. Eine offene Gesellschaft sollte vorsichtig sein bezüglich offener Grenzen, sowohl im direkten als auch im kulturellen Sinne. Das ist keine Frage, die aus der Luft gegriffen ist oder die aufkommt, weil Menschen sich schwertun, mit Fremden umzugehen. Die Forschung zeigt, dass Diversität soziale Kohäsion beeinflusst. Das ist natürlich keine Überraschung, denn es ist einfacher mit Menschen zu interagieren, mit denen man die Geschichte teilt, die Sprache, alles Mögliche. Es geht aber nicht darum, wer die Schuld trägt, das ist für mich ebenfalls elementar. Parteien mit kosmopolitischer Sicht neigen dazu, die autochthone Bevölkerung zu beschuldigen, dass sie die anderen nicht akzeptiert. Parteien mit populistischem Ansatz neigen dazu, Migranten zu beschuldigen, dass sie autochthonen Menschen das Gefühl geben, Fremde im eigenen Land zu sein. Aber es geht nicht darum, wer die Schuld trägt. Wir sollten fragen, wie wir damit umgehen, daraus einen Vorteil ziehen wollen. Da gibt es allerlei Möglichkeiten.

Am Ende kann Migration eine Bereicherung sein, nicht nur indem wir sagen: „Oh, all diese unterschiedlichen Hintergründe der Leute, das ist so interessant!“ Interessiert man sich in Nachbarschaften, in denen Menschen aus 80 oder 100 unterschiedlichen Nationen leben, wirklich für all diese Hintergründe? Wenn man aber eine Gesellschaft auffordert, neue Vorstellungen anzudenken, was es heißt, ein Bürger zu sein – das ist für mich die große Bereicherung. Wir müssen fragen, welche Bedeutung die Sprache für „Bürgerschaft“ hat, wie wir Bildungssystem und Sozialstaat reformieren und was wir über Werte denken. Man kann aus der Migrationsgeschichte und früheren Migrationsbewegungen in Europa und Amerika lernen, dass es sich um lange Wege für die Gesellschaft handelt. Diese können wirklich eine Bereicherung sein und sich dem Ideal der Gleichbehandlung annähern. Aber es ist ein langer, konfliktgeladener Weg, und ich denke, es ist unsere Aufgabe, die Integrations- und Migrationspolitik zu definieren und ein klares Bild über diejenigen Ziele zu bekommen, die wir brauchen!

vhw: Vielen Dank für dieses sehr interessante Gespräch, Herr Professor Scheffer.

Das Gespräch führten Bernd Hallenberg und Thomas Kuder.